



Editorial

Natürlich müssen Kommunalpolitiker dafür sorgen, daß sich ihre Stadt gegenüber anderen Kommunen im Wettbewerb um Ansiedlungen von Firmen und Einwohnern behaupten kann. Hierzu gehört auch, die städtische Verwaltung so effizient wie möglich zu gestalten und alle Einsparpotentiale zu nutzen, um kommunale Infrastrukturleistungen in bewährter Qualität zu möglichst niedrigen Kosten anbieten zu können. Insoweit sind Städte und Unternehmen vor vergleichbare Aufgaben gestellt.

Das Streben nach Effizienz dient aber immer häufiger als Vorwand zur Ausdehnung des kommunalen Leistungsangebots. Die inhaltliche Ausweitung des städtischen Leistungsspektrums betrifft in der Praxis zumeist die Einrichtung von Nebenbetrieben für diverse Service-Bereiche. Diese bieten vielfach Leistungen an, die auch am Markt gehandelt werden. Hierdurch können lokale private Anbieter verdrängt und daran gehindert werden, eine hinreichende „kritische Masse“ zu erreichen, um auch überregional tätig zu werden und für eine erfolgreiche lokale wirtschaftliche Entwicklung zu sorgen. Zudem wird durch die Einrichtung von Nebenbetrieben die Struktur der kommunalen Leistungsangebote immer unübersichtlicher. Dies erschwert dann die Aufgabe der Kommunalpolitiker, die städtischen Firmen zu beaufsichtigen.

Die inhaltliche, vor allem aber die räumliche Ausweitung der Geschäftstätigkeit städtischer Firmen wird mit der Aussicht auf sinkende Betriebskosten zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber privaten Anbietern gerechtfertigt. Darüber hinaus hegen manche Kommunalpolitiker die Hoffnung, daß sich die städtischen Firmen zu größeren, deutschland- oder sogar europaweit tätigen Konzernen entwickeln könnten, z. B. im Bereich der Energie- oder Wasserversorgung – um dann möglichst hohe Gewinne zu erwirtschaften, mit denen wählerwirksame kommunale Leistungen, die oft defizitär erbracht werden, finanziert werden können. Dies ist dann für die Kommunalpolitiker verlockender als Preiserhöhungen oder schmerzhaftes Einsparungen an anderer Stelle. Die Weitergabe von etwaigen Kostensenkungen an die Verbraucher ist keineswegs gesichert. Kostensenkungen infolge von Größenvorteilen werden teilweise dazu genutzt, um defizitäre Bereiche wie den ÖPNV noch stärker zu subventionieren. Dies führt zu einer Verschleierung der tatsächlichen Kosten dieser Bereiche – und damit auch zu ökonomischen Fehlentscheidungen. Noch problematischer ist die Absicht, aus einem kommunalen Versorgungsunternehmen einen Konzern mit (inter-)nationaler Bedeutung zu entwickeln. Aktivitäten außerhalb des ursprünglichen Versorgungsgebiets, insbesondere im Ausland, bergen Chancen, aber auch erhebliche unternehmerische Risiken, die im Zweifelsfall die Bürger der Kommune zu tragen haben. Im Fall des Scheiterns besteht zudem die Gefahr einer Übernahme durch auswärtige Konzerne.

Wachstum im privaten Wirtschaftssektor ist ein ganz zentrales politisches Ziel. Bei Wachstum im Bereich der kommunalen Wirtschaftstätigkeit ist hingegen Vorsicht geboten. Städte sind keine Unternehmen, und Kommunalpolitiker sind keine Unternehmer!

Martin T. W. Rosenfeld
Leiter der Abteilung Stadtökonomik